

Diskussionspapier!

Einleitung:

Im Leitantrag zum Erfurter Parteitag für ein neues Parteiprogramm heißt es:

„Die Beschäftigung im Bereich öffentlicher und sozialer Dienstleistungen ist in Deutschland im internationalen Vergleich stark unterentwickelt und zudem häufig schlecht bezahlt. Wir wollen in diesen Bereichen Millionen neue reguläre und tariflich bezahlte Arbeitsplätze schaffen und so zugleich dringende gesellschaftliche Bedürfnisse befriedigen. Dies kann und muss durch eine sozial gerechte und ökologische Steuerpolitik, die Reiche und finanzstarke Unternehmen verstärkt heranzieht und den Umweltverbrauch und den Ressourcenverbrauch besonders besteuert, solide finanziert werden.“

Definition in Wikipedia:

„Unter der Bezeichnung **öffentlicher Dienst** versteht man die Tätigkeit der Beamten (und weiteren aufgrund öffentlichen Rechts beschäftigten Personen wie Richter, Soldaten und Rechtsreferendaren), Tarifbeschäftigten (Angestellten und Arbeiter) von öffentlich-rechtlichen Körperschaften, Anstalten oder Stiftungen. ... Zum öffentlichen Dienst gehören beispielsweise neben der Tätigkeit in der Verwaltung meist die Arbeit in Schulen, Hochschulen, Wasserversorgungsbetrieben und staatlichen Krankenhäusern. Die Müllabfuhr und Verkehrsbetriebe sind oft privatisiert. Zum öffentlichen Dienst im weiteren Sinne gehört auch die Sozialversicherung (Bundesagentur für Arbeit, Deutsche Rentenversicherung, Krankenkassen, Berufsgenossenschaften) sowie die Tätigkeit in öffentlich-rechtlichen Sparkassen und der Bundesbank.“

In diesem Spannungsfeld bewegen wir uns und diskutieren in dem Forum mit Vertretern von Arbeitgebern und Arbeitnehmern die Zukunft des öffentlichen Dienstes in Deutschland.

1. Starker Staat:

Neoliberale Politik, setzt auf eine umgehende Privatisierung von öffentlichen Dienstleistungen, da „nur“ privatwirtschaftlich Effizient gearbeitet werden kann.

Die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger befürwortet den Erhalt öffentlicher Dienstleistungen. Laut einer Umfrage, die forsia im Auftrag des dbb beamtenbund und tarifunion Ende 2010 zum vierten Mal durchgeführt hat, halten 80 Prozent eine starke öffentliche Verwaltung für unerlässlich.

So ist auch für fast alle Bürger unvorstellbar, hoheitliche Aufgaben wie Polizei, Gerichtswesen und Strafvollzug zu privatisieren (97 bis 91 Prozent). Dies kann sich die Mehrheit (84 bis 78 Prozent) auch nicht in den Bereichen Finanzverwaltung, Feuerwehr und Schulen vorstellen. Eine große Mehrheit der Befragten sieht nach der Privatisierung – etwa von Müllentsorgung, Post, Energieversorgung, Bahn, öffentlichem Nahverkehr oder Krankenhäusern – keine Verbesserung der Leistungen– dafür aber sehr wohl Preissteigerungen.

2. Demokratisierung der Demokratie:

Die Freiheit der BürgerInnen, über ihr eigenes Leben selbst zu bestimmen, hängt in hohem Maße von den Kommunen ab. Dort werden wichtige Fragen des Alltags wie auch der Zukunft der Gesellschaft entschieden.

Die Zukunft des öffentlichen Dienstes wird daher auch wesentlich davon abhängen, inwieweit es gelingt das Verhältnis BürgerInnen-Verwaltung auf eine andere Grundlage zu stellen. Die Beschäftigten müssen lernen, dass BürgerInnen gleichwertige und gleichberechtigte PartnerInnen der Verwaltung sind. Dazu bedarf es einer radikalen Demokratisierung des öffentlichen Dienstes nach innen und außen.

Beschäftigte und BürgerInnen müssen mehr Mitwirkungs-, Beteiligungs- und Entscheidungsrechte, wenn es um das Alltagsgeschäft und die Zukunft der Verwaltung geht.

3. Modernisierung der Verwaltung:

Die Linkspartei tritt dafür ein, dass sich die Verwaltung zu einer Dienstleistungsverwaltung für die EinwohnerInnen entwickelt. Deshalb wollen wir:

- eine ständige Überprüfung und Anpassung des Aufgabenkatalogs der Verwaltung entsprechend den sich veränderten gesellschaftlichen Rahmenbedingungen;
- die Gewährleistung einer öffentlichen Kontrolle und die Schaffung von Möglichkeiten der Einflussnahme auf Verwaltungshandeln durch Bürgerinnen und Bürger;

- ein transparentes, also für die Bürgerinnen und Bürger nachvollziehbares Verwaltungshandeln, was die Gewährleistung von Informations- und Akteneinsichtsrechten einschließt;
- eine radikale Vereinfachung und Ausrichtung der Verwaltungsabläufe an den Bedürfnissen der EinwohnerInnen;
- einen deutlichen Ausbau der Effektivität der Bürgerdienste, eine verstärkte Einrichtung von zentralen Anlaufstellen (front office), immer breitere Möglichkeiten zum Behördengang per Internet;
- eine Verwaltungskultur, in der Vorschläge, Anregungen und Ideen aus der Öffentlichkeit als willkommene Handlungsimpulse und nicht als Störfaktoren wahrgenommen werden.

4. Öffentlicher Dienst und demografischer Wandel:

Die Verwaltungen und Organisationen des öffentlichen Dienstes und der öffentlichen Daseinsvorsorge müssen nicht nur Antworten auf die internen Alterungsprozesse finden, sie müssen auch auf das Altern der Gesellschaft reagieren. Nur eine innovative öffentliche Verwaltung kann Alternativen und Lösungen für den Umgang mit dem demografischen Wandel nicht nur auf Europäischer-, Bundes- und Landesebene, sondern gerade auf kommunaler Ebene finden.

Eine Studie des Bundesinnenministeriums stellt dazu fest, dass es auch Konsequenzen für die Alters- und Sozialstruktur aber auch für die räumliche Ausdünnung auf der einen und die weitere Verdichtung auf der anderen Seite hat.

Im einzelnen werden aufgeführt:

- rückläufiger Bedarf an Kita's und Schulen,
- neue Wohn- und Betreuungsformen für alte Menschen,
- veränderte Nachfrage- und Angebotsstruktur im Gesundheitswesen,
- Rückzug privater und öffentlicher Daseinsvorsorge aus der Fläche,
- leerstehende Wohnungen und öffentliche Gebäude,
- Unterauslastung technischer Infrastruktur,
- weniger Einnahmen für öffentliche Haushalte.

Für die Bereitstellung öffentlicher Infrastruktur müssen die Trends des Bevölkerungsrückgangs und der starken Zunahme Älterer bereits heute berücksichtigt werden, denn Infrastruktureinrichtungen sind in der Regel für Jahre konzipiert. Bei den kommunalen Ver- und Entsorgungssystemen verteilen sich die hohen Fixkosten vor allem in Fortzugsgebieten auf weniger Köpfe.

Ein Neoliberaler Ansatz geht dabei von folgendem aus:

Nach Meinung der „Deutschen Bank Research“ sollen drei Strategien parallel verfolgt werden:

- Erstens die Verwaltung muss schlanker werden,
- Zweitens, private Finanzierungs- und Betreibermodelle im öffentlichen Sektor müssen gestärkt werden,
- Drittens, Immobilienmanagement-Systeme sollten in Kommunen eingeführt werden.

Generell wäre zu diskutieren, welche öffentlichen Leistungen in Zukunft aus Finanzgründen eingeschränkt und welche aufgrund des demografischen Wandels erhalten bzw. zusätzlich angeboten werden müssen.

5. Öffentlich geförderter Beschäftigungssektor:

Die Zukunft des öffentlichen Dienstes geht für uns mit einher, mit der Entwicklung eines öffentlich geförderten Beschäftigungssektors. Der öffentliche Beschäftigungssektor bleibt für DIE LINKE eine wichtige Zielsetzung. Die Entwicklung eines Nonprofit-Bereichs, den wir nicht im Gegensatz und/oder als Konkurrenz zum öffentlichen Dienst sehen, muss in unserer Programmatik eine stärkere Rolle spielen und als gesellschaftliches Modell entwickelt werden. Konzeptionell geht es darum, einen gesellschaftlichen Konsens herbeizuführen, der aussagt, es ist sinnvoller, Arbeit statt Arbeitslosigkeit zu finanzieren. Kriterien für die Etablierung eines solchen öffentlichen Beschäftigungssektors sind für uns existenzsichernde Entlohnung, sozialversicherungs-pflichtige Entlohnung, weitgehend unbegrenzte, mindestens aber über mehrere Jahre reichende Arbeitsverhältnisse und Freiwilligkeit. Zugleich muss er jedoch auch in seiner Rolle als wirklicher Dienstleister für die gesamte Gesellschaft wirksam werden.

6. Gleichheit und Geschlechtergerechtigkeit

Es gibt immer noch kein ausgeglichenes und gerechtes Verhältnis zwischen den Geschlechtern. Nach wie vor beeinflussen die traditionellen Rollenklischees das Leben von Frauen und Männern, beeinträchtigen ihre Lebensqualität und Chancen in der beruflichen und sozialen Entwicklung. Patriarchale Strukturen durchziehen

nach wie vor alle gesellschaftlichen Bereiche. Frauen erbringen mehr als die Hälfte aller Arbeit in der öffentlichen Verwaltung, aber ihre Arbeit wird weniger anerkannt, und sie werden immer noch wesentlich geringer entlohnt als die männlichen Kollegen. Entsprechend niedriger fallen ihre Sozialleistungsansprüche aus. Neben dem Rückgang der Beschäftigtenzahl gibt es im öffentlichen Dienst eine starke Zunahme der Teilzeitbeschäftigung, speziell bei den Frauen. Während zwischen 1996 und 2008 die Zahl der Vollbeschäftigten um mehr als 1 Mio. von 4,21 Mio. auf 3,18 Mio. sank, stieg die Zahl der Teilzeitbeschäftigten um rd. 300.000 von 1,07 auf 1,40 Mio.. Der öffentlichen Dienst greift zunehmend auf befristete Arbeitsverhältnisse zurück. So hatten 11,4% der Beschäftigten im öffentlichen Dienst 2006 einen befristeten Vertrag, in Privatfirmen waren es nur 7,4% (FR 09.01.08). Die bisherige wöchentliche Arbeitszeit – je nach Tarifgebiet – von 39 oder 40 Stunden bedeutet, dass im Schnitt über eine Stunde länger gearbeitet wird als im Durchschnitt der Branchen Baugewerbe (39,8), Kreditinstitute, Versicherungen (38,7), Handel (38,0), Verbrauchsgütergewerbe (36,7) und Investitionsgütergewerbe (35,7). Hinzu kommen vergleichsweise niedrige Bruttoeinkommen, die bislang im Osten nochmals deutlich niedriger lagen als im Westen.

Daher darf Gender-Mainstreaming – nicht nur Aufgabe des "Gleichstellungsbeauftragten" sein - Ziel ist eine gleichstellungsorientierte Personalpolitik, ebenso die Gewährleistung einer gleichberechtigten Förderung weiblicher und männlicher Beschäftigter, insbesondere auch im Führungskräftebereich sowie die Einführung einer durchgehenden Erhebung geschlechterdifferenzierter Daten.

7. Finanzierung:

In der gegenwärtigen Verfassung wird in Deutschland infolge nicht ausreichender Steuereinnahmen, der demografischen Entwicklung und infolge neoliberaler Politikansätze fast aller im Bundestag vertretenen Parteien, auf eine weitere Reduzierung des Öffentlichen Dienstes und der weiteren Privatisierung von öffentlichen Dienstleistungen und Leistungen der Daseinsvorsorge hingearbeitet. Die Mitarbeiterzahlen sinken seit Jahren. Zwischen 1992 und 2006 sank die Mitarbeiterzahl im Öffentlichen Dienst um 2,1 Mio. Ende 2009 waren noch 4,51 Mio. Mitarbeiter beschäftigt davon 25 % beim Bund; 45 % bei den Ländern und 30% bei den Gemeinden und Landkreisen. Der Anteil der Beschäftigten im Öffentlichen Dienst an allen abhängig Beschäftigten beträgt 2008 nur noch 11,9%. Damit nimmt Deutschland unter 16 OECD-Staaten nur Rang 13 ein.

Die Linke. ist die einzige Partei die sagt: „Der Staat hat kein Ausgabeproblem sondern ein Einnahmeproblem.“

Daher heißt es im Programmentwurf dazu:

„Wir fordern die Wiedereinführung der Vermögenssteuer in Form einer Millionärssteuer in Höhe von fünf Prozent jährlich auf private Millionenvermögen. Wir fordern zugleich eine deutliche Anhebung der Erbschaftssteuer auf große Vermögen. ... Steuerschlupflöcher wollen wir schließen. Wir fordern die kräftige Anhebung des Spitzensteuersatzes der Einkommenssteuer. Wir verlangen die Kontrollmitteilungen der Banken über Kapitalerträge und eine Meldepflicht für Finanzanlagen im Ausland sowie mehr Personal in den Finanzbehörden, um Steuerflucht und -hinterziehung zu bekämpfen. Kapitaleinkommen müssen künftig wieder zum persönlichen Steuersatz versteuert werden statt mit einer pauschalen Abgeltungssteuer von nur 25 Prozent. Die Bezieherinnen und Bezieher niedriger und mittlerer Einkommen wollen wir dagegen steuerlich entlasten. Wir fordern die Abschaffung des Ehegattensplittings, ...“

Um die Finanzierung der von uns gewollten Leistungen im öffentlichen Dienst abzusichern. die Kommunen finanzielle wieder auf sichere Füße zu stellen ist ein „umSteuern“ dringend erforderlich.

Auch ist in Deutschland eine Tendenz zur Rekommunalisierung von Leistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge erkennbar. Dieser muss ausgebaut und fortgeführt werden.

Im Ergebnis des heutigen Workshops sollen Thesen zur Fortschreibung der „kommunalpolitischen Leitlinien“ der Linkspartei.PDS stehen, welche auf der 3. Tagung des 9.Parteitagtages am 10. und 11. November 2005 in Dresden beschlossen worden sind, um „kommunalpolitische Leitlinien“ für die gesamtdeutsche Linke zu entwickeln.

Steffen Harzer
Mitglied im Parteivorstand

Unter Verwendung von Texten von Petra Brangsch, Helga Paschke, Sachsen-Anhalt Konzept 2011, Wikipedia, „Demografische Wandel und öffentlicher Dienst“ des Bundesministeriums des Innern, Programmgruppe Thüringen.